

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

148. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 16. Dezember 2004

Tagesordnungspunkt 3:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Friedbert Pflüger, Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei** (Drucksachen 15/3949, 15/4522)

13782 D

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **Die Türkeipolitik der EU verlässlich fortsetzen und den Weg für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei freimachen**

(Drucksachen 15/4031, 15/4523)

13783 A

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Zu der Empfehlung der EU-Kommission über Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei** (Drucksachen 15/4064, 15/4524)

13783 A

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS ist dafür, dass mit der Türkei Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen werden. Die PDS hat gestern im Europaparlament zugestimmt und wir werden das auch hier im Bundestag tun.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Im Gegensatz zur CDU/CSU stehen wir nicht im Wort eines Kanzlers Adenauer oder Kanzlers Kohl. Wir stimmen zu, weil es politisch vernünftig ist und weil die EU kein christlich-abendländischer Klub ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun kann man einen EU-Beitritt selbstverständlich befördern oder auch ablehnen. Das muss jede Partei mit sich selbst ausmachen. Mit Sorge verfolge ich allerdings, dass bei diesem Thema in den letzten Tagen verbal aufgerüstet und das **gesellschaftliche Klima** damit vergiftet wurde. Das ist aus meiner Sicht verantwortungslos und weckt die falschen Geister.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Natürlich fühlen sich viele Türiinnen und Türken direkt angegriffen, wenn der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber droht, er werde alles – wohlgemerkt: alles – dafür tun, dass die Türkei nie EU-Mitglied werde.

(Günter Gloser [SPD]: Er springt als Tiger und landet als Bettvorleger!)

Die türkische Gemeinde in Berlin beispielsweise hat entsprechend harsch reagiert und erklärt – ich zitiere –: „Wir nehmen die Kriegserklärung an.“ Ich finde das falsch; denn das spielt Herrn Stoiber und den anderen, die hier verbal aufrüsten, in die Hände, und das auf deren Niveau. Das sollten auch die türkischen Gemeinden in der Bundesrepublik bedenken und vermeiden.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stoiber sollte bei der Landespolitik bleiben!)

Das Ja der PDS zu den Beitrittsverhandlungen ist nicht bedingungslos und auch nicht unumkehrbar. Der Türkei werden Fortschritte bescheinigt, wenn es um Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte geht – zu Recht. Es bestehen aber weiterhin erhebliche Differenzen zwischen Wort und Tat, zwischen Gesetz und Praxis. Insbesondere der Alltag der 20 Millionen **Kurdinnen und Kurden** in der Türkei wird noch immer von Diskriminierung, Unterdrückung und sogar Terror geprägt. Daher wundere ich mich schon, dass die SPD und vor allem die Grünen dies nicht hörbarer kritisieren und auf Änderung drängen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Im EU-Parlament haben Ihre Kolleginnen und Kollegen gestern jedenfalls jeden Antrag, in dem es um die Rechte der Kurdinnen und Kurden ging, abgelehnt und nicht in die entsprechende Resolution aufgenommen.

Eine offene europäische Wunde ist nach wie vor auch die Zypernfrage. Es wäre widersinnig, den Fall der deutschen Mauer zu bejubeln und die Mauern durch **Zypern** zu dulden. Hier hat die Türkei eine Bringpflicht. Ich finde, die EU ist verpflichtet, hier zu drängen.

Die Türkei hat noch weitere ungelöste Grenzfragen, zum Beispiel mit dem Irak und mit Syrien. Auch die militär-strategische Allianz der Türkei mit Israel ist wenig hilfreich für die friedliche Lösung des Nahostkonflikts.

Deshalb wiederhole ich: Den Beitrittsverhandlungen folgt nicht automatisch ein Beitritt. Die Verhandlungen dürfen nicht bedingungslos sein, wie der türkische Ministerpräsident dieser Tage in einem Interview meinte. Es geht um einen Prozess, der begonnen hat und weitergehen muss. Dieser Prozess muss im Interesse der Türkei, im Interesse der EU und auch im Interesse der Bundesrepublik weitergehen. Deshalb stimmen wir heute zu.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])